



## Antrag

TOP:  
 Vorlagen-Nummer: **VII/2019/00589**  
 Datum: 21.01.2020  
 Bezug-Nummer.  
 PSP-Element/ Sachkonto:  
 Verfasser: Eigendorf, Eric;  
 Senius, Kay

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.11.2019	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Planungsangelegenheiten	14.01.2020	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung	28.01.2020	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	29.01.2020	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur besseren sozialen Durchmischung in Stadtgebieten mit überdurchschnittlich hohen Mieten**

### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Strategien geeignet sind, um die soziale Durchmischung in Stadtteilen mit überdurchschnittlich hohen Mieten und einem unterdurchschnittlichen Anteil an Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern zu verbessern. Geprüft werden soll dabei insbesondere die Anwendbarkeit der Staffelung der Sätze für die Kosten der Unterkunft (KdU) nach dem Vorbild der Städte Heidelberg und Bremen. Das Prüfergebnis wird im ~~Februar~~ **April** 2020 im Hauptausschuss sowie im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss vorgestellt.

gez. Eric Eigendorf  
 Vorsitzender  
 SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

gez. Kay Senius  
 Sozialpolitischer Sprecher  
 SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

### Begründung:

Ziel der kommunalen Wohnungspolitik muss es sein, dass auch in Zukunft manche Stadtteile nicht nur bestimmten Einkommensgruppen vorbehalten sind. Wäre in Halle an der Adresse erkennbar, wie hoch das Einkommen einer Person ist, hätte das für das Miteinander und das Zusammenleben in unserer Stadt erhebliche negative Auswirkungen.

Eine besondere Herausforderung sind dabei die für Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger nach dem SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz von der Stadt übernommenen Kosten der Unterkunft. In einigen Stadtteilen liegt der Anteil dieser Leistungsbeziehenden und Leistungsbezieher weit über 60 Prozent, während er in anderen Stadtteilen deutlich unterhalb des Stadtdurchschnitts liegt. Grund dafür ist, dass die Mieten in einigen Stadtteilen deutlich über den als angemessen festgelegten Kosten der Unterkunft liegen und daher für betroffene Menschen oft nicht finanzierbar sind. Dies hat weitreichende Folgen, die sich nach anerkannter Auffassung nicht zuletzt auf die Zukunftschancen der betroffenen Kinder in starkem Maße negativ auswirken.

Städte wie die Stadt Heidelberg steuern diesem Effekt entgegen, indem sie die angemessenen Kosten der Unterkunft nach den jeweiligen Stadtteilen staffeln. Sie ermöglichen dadurch, dass auch in Stadtteilen mit einer höheren Durchschnittsmiete die soziale Durchmischung gefördert werden kann. Da sich auch in Halle in den vergangenen Jahren dieser Prozess der sozialen Entmischung und der Konzentration von Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern in bestimmten Stadtteilen verstärkt hat, ist es an der Zeit solche Ansätze auch in Halle einer Prüfung zu unterziehen.